Vierteljahresschrift für Sozialrecht

Band 2, 1974

Zitierweise: VSSR

Herausgeber:

Ministerialdirektor Otto Fichtner Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Bonn

Professor Dr. Wolfgang Gitter Ruhr-Universität, Bochum

Dr. jur. Hermann Heussner Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht, Kassel

Professor Dr. Elisabeth Liefmann-Keil Universität des Saarlandes, Saarbrücken

Professor Dr. Theo Mayer-Maly Universität Salzburg

Professor Dr. Dr. Detlef Merten Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer

Professor Dr. Hans F. Zacher Universität München



J. Schweitzer Verlag · Berlin

Band 2 Heft 1, Mai 1974

Inhalt

Abhandlungen		
Carl Hermann Ule, Änderung des Sozialgerichtsgesetzes?		1
Hans F. Zacher, Soziale Indikatoren als politisches und rechtliches Phänomen .		15
Zusammenfassung/Summary		49
Rechtsprechungsberichte		
Walter Rudi Wand, Das Sozialrecht in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (I)		52
Wolfgang Rüfner, Das Sozialrecht in der Rechtsprechung des Bundesverfassungs-		
gerichts (II)		68
Miszellen		
Friedrich von Zezschwitz, Zur Erosion der Sozialrentenanwartschaften höherverdienender Angestellter und Arbeiter		94
Glückwünsche		
		00
Gratulation für Walter Bogs (Hans F. Zacher)	•	99
· ·		
Literatur '		
Bültmann: Rechtsnachfolge in sozialrechtliche Ansprüche (Harald Bogs)		108
Krauskopf: Soziale Krankenversicherung (Detlef Merten)	•	109
Luber: Deutsche Sozialgesetze (Detlef Merten)	•	109
Schlegelberger/Friedrich: Das Recht der Gegenwart (Detlef Merten)		110

Glückwünsche

Gratulation für Walter Bogs

Am 3. April 1974 konnte *Walter Bogs*, der große alte Mann des deutschen Sozialrechts, seinen 75. Geburtstag feiern. Es ist gewiß ein Auftrag dieser Zeitschrift, dessen zu gedenken; denn auf Leben und Werk von *Walter Bogs* zu blicken, heißt schon sehr viel von Werden und Bestand, Gestaltung und Durchdringung des deutschen Sozialrechts wahrzunehmen. Wie kein anderer vor und neben ihm hat *Walter Bogs* nunmehr schon durch fünf Jahrzehnte Entwicklung, Verständnis und Anwendung des deutschen Sozialrechts mitbestimmt und mitverwirklicht.

Aber was soll zu Ehren eines Mannes, dem schon zwei Festschriften gewidmet sind¹, und dessen Verdienste in den Jahrgängen 1959, 1964 und 1969, den Jahren seiner "runden" Geburtstage, aber auch 1967, dem Jahr seines Ausscheidens aus dem Richterdienst, in allen Zeitschriften, die Sozialrecht und Sozialpolitik zum Anliegen haben, nachgelesen werden können², geschehen. Herausgeber und Verfasser meinen, daß die Gestalt *Walter Bogs* vielleicht durch ein Register seiner Veröffentlichungen noch vollkommener als bisher in das Bewußtsein der sozialrechtlichen und -politischen Öffentlichkeit gehoben werden könnte. Sein Abdruck sei also die Geburtstagsgabe an den Jubilar — ganz im Sinne seines Lebenswerks: denn den Nutzen davon, den Zugang zu den vielfältigen Beiträgen, die *Walter Bogs* zur Bewältigung sozialrechtlicher Probleme geleistet hat, nun leichter finden zu können, hat nicht er; ihn haben alle, die sich um das Sozialrecht mühen, und damit alle, die auf die eine oder andere Weise Verantwortung für das Sozialrecht tragen oder in der besonderen Verantwortung des Sozialrechts und seiner Handhabung stehen.

Gleichwohl wäre es falsch, allein den Schriftsteller Walter Bogs, so fruchtbar er war und ist, sichtbar werden zu lassen. Die Einmaligkeit von Walter Bogs liegt nicht zuletzt darin, daß er seinen Dienst auf vielfältigste Weise geleistet hat: als Richter und Verwalter, als Berater des Gesetzgebers und der Öffentlichkeit, als Hochschullehrer und Forscher, in Organisationen des Sachverstands ebenso wie in Organisationen sozialer Interessen. Er ist ein herausragendes Beispiel dafür, wie in einer reichen Persönlichkeit sich die Fähigkeiten und Erfahrungen des Gelehrten, des Richters, des Gesetzgebers, des Exekutivfunk-

¹ "Sozialreform und Sozialrecht" herausgegeben von Kurt Jantz, Horst Neumann-Duisberg und Dieter Schewe, 1959; "Sozialenquête und Sozialrecht" herausgegeben von Erwin Chmielorz, Harry Rohwer-Kahlmann und Horst Heinke, 1967.

² Siehe statt aller anderen: "Lebenslauf von Walter Bogs" in: Sozialreform und Sozialrecht, S. 9 ff.; Kurt Jantz, Walter Bogs — 68 Jahre, in: Sozialenquête und Sozialrecht, S. 9 ff.

tionärs, eines Treuhänders fremder Interessen, des Lehrers und des Autors begegnen und befruchten können. Hinzu tritt die fachliche Offenheit, die Walter Bogs ebenso zu einem Kenner des Arbeitsrechts wie des ganzen Sozialrechts, mehr und mehr auch des Verfassungsrechts werden ließ, bei aller Qualifikation der juristischen Arbeit immer mit beiden Händen nach der Sache — mit anderen Worten: hinter das Sozialrecht nach den Problemen der Sozialpolitik — greifend. So ist es notwendig zu sagen, neben welcher Vielfalt von Funktionen das nachfolgend durch die dürre Wiedergabe der Titel, bewußt ohne jede Auswahl und Gewichtung skizzierte schriftliche Werk von Walter Bogs entstanden ist.

Da ist zunächst sein Berufsweg: Studium der Rechte in Marburg und Berlin (1919 bis 1922), abgeschlossen durch erste Staatsprüfung und Promotion in Marburg (1922); nach praktischer Tätigkeit beim damaligen "Deutschen Gewerkschaftsbund" (1923/24) und Assessorexamen (1927) Richter am Arbeitsgericht in Berlin (1928 bis 1933); zunächst nebenamtlich (1929), später als ständiges Mitglied (1933) beim Reichsversicherungsamt; nach Jahren beim Reichsarbeitsministerium (ab 1939) als Senatspräsident wieder zurück an das Reichsversicherungsamt (1944); nach dem Zusammenbruch zunächst Angestellter bei der Landkrankenkasse Göttingen (1945); daneben aber auch Lehrbeauftragter an der Universität Göttingen für Sozialversicherungsrecht und Arbeitsrecht (1946-1949); hauptberuflich nach Jahren als Richter am Amts- und Landgericht Göttingen (1946-1949) o. Professor an der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft - später: Hochschule für Sozialwissenschaften - in Wilhelmshaven-Rüstersiel (1949-1954), die er als Rektor (1951/1952) in besonderem Maße mitprägen konnte; schließlich Senatspräsident beim Bundessozialgericht (1954-1967), in den letzten Jahren auch Vertreter seines Präsidenten (seit 1965); daneben seit 1954 (und noch heute) Honorarprofessor an der Universität Göttingen. Aber damit nicht genug! In ungezählten Funktionen hat er entscheidend oder beratend in Staat, Selbstverwaltungskörpern und gesellschaftlichen Einrichtungen gewirkt. In der Bundesrepublik, die ihn 1967 durch das Große Verdienstkreuz mit Stern ehrte, gab es schlechterdings kein wichtiges sozialpolitisches Gremium des Bundes, dem Walter Bogs nicht angehörte oder noch angehört: dem Beirat für die Neuordnung der sozialen Leistungen beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (seit 1954); dem Sozialbeirat für die gesetzliche Rentenversicherung (seit 1958); der Sozialenquête-Kommission (1964 bis 1966); der Sozialgesetzbuch-Kommission (seit 1970); der Kommission für die Reform des Krankenversicherungsrechts (seit 1970), der er vorsitzt; (als Sachverständiger auch) der Eherechtskommission beim Bundesminister der Justiz. Schon vordem hatte er ähnliche Dienste in der britischen Zone und ihren Ländern, vor allem in Niedersachsen, geleistet. Zahlreiche gesellschaftliche Organisationen bedurften und bedürfen seiner in Führungsfunktionen oder doch als Mitglied leitender Gremien: Die Gesellschaft für sozialen Fortschritt, der Deutsche Sozialgerichtsverband, der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge, der Deutsche Verein für Versicherungswissenschaften - um auch hier wieder nur die vielleicht wichtigsten Beispiele zu nennen. Besonders

hervorgehoben seien die Verdienste, die sich Walter Bogs im Deutschen Juristentag (als Mitglied seiner Ständigen Deputation, als Referent, als Vorsitzender und Stellvertretender Vorsitzender von sozialrechtlichen Arbeitsgemeinschaften) um den von ihm erst geschaffenen und gesicherten Platz des Sozialrechts in dessen Arbeit erworben hat. Endlich haben arbeitsrechtliche Erfahrung, sozialpolitisches Engagement und hohes Ansehen bei den Sozialpartnern Walter Bogs immer wieder an den Platz des Schlichters in Tarifkonflikten geführt.

Zweimal (1917-1919 und 1939) hat er seine Pflicht auch als Soldat erfüllt.

Und bei all diesem vielfältigen Tun war kein Platz für Geschäftigkeit, für Leerlauf, für bloßes Getue. Da war und ist immer solide Leistung, Brauchbares, Greifbares, Positives. Aber mehr noch. Wer kennt Walter Bogs anders als einen liebenswürdigen und offenen Gesprächspartner, als einen Mann, der Vertrauen schenkt und erwirbt, als einen bescheidenen, geduldigen, freundlichen, im besten Sinne höflichen Mann — ja einen einfach gütigen Menschen? Wie fern jeder Prätention reicht er dem Jüngeren, weniger Arrivierten die kollegiale Hand. In Eile kann man ihn vielleicht erleben, nie aber in Hast. Autorität ist ihm eigen; Gewalt, ja vielleicht schon Macht ist ihm fern. Toleranz ist ihm wie angeboren. Trotzdem steht er für seine Meinung. Und immer ist in diesem Leben noch Raum für Kunst und Literatur, für Reisen und andere Schönheiten gewesen. Verantwortung und Opfersinn für die Gesellschaft, ja für jeden Nächsten — für die Seinen ebenso wie für die Fernen, Namenlosen — und kultivierte persönliche Existenz korrespondieren bei ihm auf eigentümliche Weise.

Jeder, dem in diesem Lande an Sozialpolitik und Sozialrecht liegt, ja jeder in diesem Lande, der sich um die Möglichkeit und Verkörperung des Guten und des Außerordentlichen in dieser Gesellschaft und in diesem Staate sorgt, hat Anlaß, Walter Bogs dankbar zu sein und dankbar zu sein, daß es ihn gab und gibt. Auf lange noch!

Hans F. Zacher

Veröffentlichungen von Walter Bogs³

Verfassungsrecht

1. Die Gleichheit vor dem Gesetz und das Sozialversicherungsrecht, DOK 1953, S. 423-428. – 2. Verfassungsrechtliche Entscheidungen des Bundessozialgerichts, in: Festschrift für Friedrich Sitzler, Stuttgart 1956, S. 341-354. – 3. Die Rechtsprechung des

³ Die Zwischenüberschriften sollen nur Schwerpunkte sichtbar machen. Zahlreiche der jeweils zugeordneten Arbeiten, berühren auch andere Bereiche. Doppelzitierungen mußten trotzdem aus Platzgründen unterbleiben. – Arbeiten, bei denen besondere Hinweise wie "Mitautor", "Herausgeber" oder "Mitherausgeber" fehlen, sind von Walter Bogs allein verfaßt. – Folgende Abkürzungen wurden verwendet: Amtliche

Bundessozialgerichts zum Grundgesetz, Jahrbuch des Öffentlichen Rechts, Bd. 9 (1960), S. 151-177 und Bd. 16 (1967), S. 129-162, - 4. Das Problem der Freiheit im sozialen Rechtsstaat, in: Festschrift für Friedrich Lenz, Berlin 1961, S. 307-320; [abgedruckt auch in: Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit (hrsg. v. E. Forsthoff), Darmstadt 1968, S. 509-525]. - 5. Die Einwirkung verfassungsrechtlicher Normen auf das Recht der sozialen Sicherheit, in: Verhandlungen des 43. Deutschen Juristentages/München 1960, Bd. 2, G. Tübingen 1962, 5-62 [teilweise abgedruckt in: Zeitschrift für Sozialreform 1962, S. 189-194: Eigentumsschutz nach Art. 14 GG im Recht der sozialen Sicherheit; ErsK 1962, S. 85-89: Die Verwirklichung der Sozialstaatsklausel des GG - Rechtsansprüche und Ermessensleistungen: SGb 1962. S. 129-132: Zur Selbstbindung der Verwaltung durch allgemeine Verwaltungsvorschriften; Arbeit- und Sozialpolitik 1962, S. 135-138: Zum Grundrecht der Berufsfreiheit; Die Krankenversicherung 1962, S. 99-102: Das Recht der sozialen Sicherheit im sozialen Rechtsstaat]. - 6. Sicherung der Freiheit im sozialen Rechtsstaat, in: Wo ist Sicherheit? Stuttgart 1960, S. 95-109. - 7. Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts bei verfassungskonformer Auslegung von Gesetzen, SGb 1961, S. 33-37. - 8. Nochmals: Verfassungskonforme Auslegung von Gesetzen und Zuständigkeit der Großen Senate, SGb 1961, S. 354-357. - 9. Zum Bestandsschutz öffentlichrechtlicher Positionen im Sozialversicherungsrecht, in: Festschrift für Paul Braeß, Karlsruhe 1969, S. 11-25. - 10. Der soziale Rechtsstaat im deutschen Verfassungsrecht, ZSR 1964, S. 1-17, - 11, Verfassungsrechtliche Fragen in der Rechtsprechung des BSG. DOK 1968, S. 314-323. - 12. Verfassungsrechtliche Fragen zur Aufhebung der Jahresarbeitsverdienstgrenze in der Angestelltenversicherung. Deutsches Verwaltungsblatt 1969, S. 335-340. - 13. Von der Freiheit durch das Gesetz. Bemerkungen über Anspruchsund Ermessensleistungen, in: Festschrift für Hans Achinger, Berlin 1969, S. 55-62.

Arbeits- und Sozialrecht

14. Tarifrecht und Sozialversicherung, DOK 1938, S. 989–996. – 15. Autonomie und verbandliche Selbstverwaltung im modernen Arbeits- und Sozialrecht, RdA 1956, S. 1–9 = Hessische Hochschulwochen für staatswissenschaftliche Fortbildung Bd. 9, Bad Homburg v. d. H./Berlin 1956 S. 334 ff. – 16. La Sécurité Sociale. Rapport National Allemagne. II° Congrès International de Droit Social. Thème Général: Le rôle de l'etat dans la reglementation du travail et dans l'organisation de la sécurité sociale. Section III: Institut Interuniversitaire Belge de Droit Social, Brüssel 1958, 17 S. – 17. Die verbandliche Selbstverwaltung. Bedeutung der Selbstverwaltung im allgemeinen Sozialrecht, Der Arbeitgeber 1967, S. 428–431. – 18. Sozialversicherungsrecht und Arbeitsrecht, DOK 1970, S. 517–521 und 576–579. – 19. Arbeitskampf und Sozialversicherungsrecht, in; Festgabe für Hans Möller, Karlsruhe 1972, S. 81–100.

Arbeitsrecht

20. Geschichtliche Entwicklung des deutschen Koalitionsrechts, in: W. Kaskel, Koalitionen und Koalitionskampfmittel, Berlin 1925, S. 1–22.

21. Das Arbeitsverhältnis bei nachträglicher Zustimmung des Arbeitsamtes zum Arbeitsplatzwechsel, RdA 1948, S. 133–136. – 22. Zur Entwicklung der Rechtsform des Tarifvertrages, in: Festschrift für Julius von Gierke, Berlin 1950, S. 39–67. – 23. Die Vereinigungsfreiheit, in: Arbeitsrechtsblätter (hrsg. v. F. Sitzler), Vereinigungsfreiheit, I: Übersicht, Stuttgart 1959, 10 S.

Nachrichten für Reichsversicherung = AN; Die Arbeiterversorgung = ArbVers; Die Arbeitlosenhilfe = Alhi; Bundesarbeitsblatt = BABI; Deutsche Juristenzeitung = DJZ; Die Ersatzkasse = ErsK; Die Ortskrankenkasse = DOK; Recht der Arbeit = RdA; Die Reichsversicherung = Reichsvers.; Sozialer Fortschritt = Soz Fortschritt; Die Sozialgerichtsbarkeit = SGb; Wege zur Sozialversicherung = WzS; Zeitschrift für Sozialreform = ZSR; Zentralblatt für Reichsversicherung und Reichsversorgung = ZRR. – Die Zusammenstellung ist wahrscheinlich unvollständig. Unvollständigkeiten haben jedoch ausschließlich technische Gründe des Nicht-Auffindens. Eine (qualitative) Auswahl ist nicht beabsichtigt.

Arbeitsgerichtsbarkeit

24. Arbeitsgerichtliches Verfahren und ordentliches Verfahren in rechtlicher und rechtstatsächlicher Beziehung, in: Die Arbeitsgerichtsbarkeit. Arbeitsrechtliche Seminarvorträge IV (hrsg. v. W. Kaskel), Berlin 1929, S. 40–52. – 25. Ist die Zulassung der Rechtsanwälte zu den Arbeitsgerichten im Interesse der Rechtspflege geboten? in: Der Arbeitsrichter. Mitteilungen des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Hamburg 1933, S. 17 bis 23.

Recht der sozialen Sicherheit

26. Die rechtlichen Grundlagen der ärztlichen Begutachtung von Erwerbsminderungen unter besonderer Berücksichtigung der Erkrankungen des Ohres, Archiv für Ohren-, Nasen- und Kehlkopfheilkunde Bd. 161 (1952), S. 206-236. - 27. Zur Rechtsnatur der Versorgungseinrichtungen freier Berufe, in: Festgabe für Johannes Krohn, Berlin 1954, S. 35-52. - 28. Grundlagen einer Reform der öffentlichen sozialen Leistungen und die Frage der Anpassung der Renten an einen veränderten Lebensstandard, Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 1955, S. 261-263. -29. Zum Stand der Sozialreform, RdA 1955, S. 331-337. - 30. Grundfragen des Rechts der sozialen Sicherheit und seiner Reform, Sozialwissenschaftliche Abhandlungen (hrsg. von der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft), H. 3, Berlin 1955, 144 S. -31. Probleme der Sozialreform, Die öffentliche Verwaltung 1955, S. 621-625. - 32. Sozialreform nach 75 Jahren, DOK 1956, S. 525-528. - 33. Die sozialrechtliche Gesetzgebung der letzten Jahre und die in Vorbereitung befindlichen Reformgesetze, in: Die Fürsorge in der gewandelten Welt von heute. Gesamtbericht über den 61. Deutschen Fürsorgetag 1959 Köln-Berlin 1960, S. 249-273. -- 34. Die Entwicklung des Begriffs der Sozialversicherung und ihre Abgrenzung gegenüber anderen Sicherungsformen, Deutsche Versicherungszeitschrift 1962, S. 45-46, - 35, Zum Rechtsbegriff der Sozialversicherung und seiner Bedeutung für die Reformgesetzgebung. Deutsche Versicherungszeitschrift 1962. S. 86-89. - 36. Der Rechtsschutz des Ungeborenen unter besonderer Berücksichtigung des Sozialrechts, Recht der Jugend 1963, S. 296-300. - 37. Der Deutsche Sozialgerichtsverband -- Ansprache auf der Gründungsversammlung des Deutschen Sozialgerichtsverbandes -, SGb 1965, S. 65 f. - 38. Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und soziale Sicherheit, in: Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Wissenschaftliche Beiträge Dok. III (hrsg. von G. Leber), Frankfurt 1965, S. 165-171. - 39. Schwerpunkte im Bericht der Sozialenquête-Kommission, RdA 1966, S. 407-415. - 40. Die sozialrechtliche Sicherung der nichtberufstätigen Hausfrau, Neue Juristische Wochenschrift 1968, S. 1649 bis 1655. - 40a. Alternativen für die künftige Gesetzgebung im Bericht der Sozialenquête-Kommission, ZSR 1968, S. 16-23, 143-151, 213-218, 267-275. - 40b. Die Vorsorge im System des Sozialrechts, ZSR 1969, S. 654-663, 738-747. - 41. Entwicklungstendenzen der Sozialversicherung im Rahmen eines Gesamtsystems sozialer Sicherung, Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft 1970, S. 227-253. - 42. Von der Sozialenquête zum Sozialgesetzbuch, in: 60 Jahre Angestelltenversicherung - 20 Jahre Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (hrsg. von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte), Berlin 1973, S. 135-155. - 43. Sozialrechtliche Aspekte zu ergänzenden Maßnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung bei der Reform des § 218 StGB, ZSR 1973 H. 9/10 (Festschrift für Harry Rohwer-Kahlmann), S. 511-524.

Mitverfasser: 44. Soziale Sicherung in der Bundesrepublik, Bericht der Sozialenquête-Kommission, verfaßt von ihren Mitgliedern W. Bogs, H. Achinger, H. Meinhold, L. Neundörfer, W. Schreiber, Stuttgart o. J. (1966) mit Federführung von Walter Bogs für das Kapitel: Die rechtliche Ordnung — Rechtsprinzipien sozialer Sicherheit, S. 52—114.

Herausgeber: 45. Gegenwartsfragen sozialer Versicherung, Heidelberg 1950.

Mitherausgeber: 46. SGb (seit 1954) [mit Abfassung der anonym erschienenen, laufenden Berichte über die jüngste Rechtsprechung des Bundessozialgerichts].

Sozialversicherungsrecht

47. Berichte über Reichsversicherungsamts-Rechtsprechung, DJZ 1934: Sp. 810-816, 1290-1296, 1935: Sp. 245, 246; 252-256; 773-776; 1249-1250; 1256-1260; 1376-1398. -

48. Neue Wege in der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes, DJZ 1935, Sp. 545-549. - 49. Die Weihnachtsgratifikation als Entgelt, DOK 1935, S. 1179-1183. - 50. Grundzüge der Sozialversicherung, Alhi 1936, S. 417-421, 437-443. - 51. Beitragsfragen in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung, ZRR 1936, S. 553-559. - 52. Das Ruhen von Versicherungsleistungen, Reichsvers. 1937, S. 7-11. - 53. Wandlungen im Urlaubsrecht und ihre Auswirkungen auf die Sozialversicherung, ZRR 1937, S. 169-177, 193-199. - 54. Der Urlaubsvertreter im Recht der Sozialversicherung, ZRR 1937, S. 291-300. -55. Leistungs- und Beschlußverfahren der Kranken- und Arbeitslosenversicherung in ihren gegenseitigen Beziehungen, DOK 1937, S. 433-438. - 56. Das Gesetz über den Ausbau der Rentenversicherung und die Krankenversicherung, insbesondere die Krankenversicherung der Angestellten in knappschaftlichen Betrieben, ErsK 1938, S. 21-29. - 57. Versicherungspflicht und Versicherungsfreiheit bei der Beschäftigung von Ruhestandsbeamten, ErsK 1938, S. 385-389. - 58. Die Umgehung sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften, insbesondere die Umgehung der Versicherungspflicht, ZRR 1938, S. 165-168 und 181-185. - 59. Die Verordnung über die Sozialversicherung in den besetzten Gebieten, AN 1941, S. 389-392, - 60. Die Durchführungsverordnung zur Verordnung über die Sozialversicherung in den besetzten Gebieten, AN 1943, S. 110-118. - 61. Die Kranken- und Unfallversicherung der Ostarbeiter, AN 1943, S. 165-170. - 62. Die Sozialversicherung der ausländischen Arbeitskräfte, Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe 1944, S. 3-7.

63. Entwicklung und Rechtsformen der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, in: Gegenwartsfragen sozialer Versicherung, Heidelberg 1950, S. 137-158. - 64. Die Grenzen der Versicherungspflicht und ihre Umgehung, WzS 1951, S. 2-7. - 65. Ärztliche Hilfe als Versicherungsleistung, Soz Fortschritt 1954, S. 13-14. - 66. Die Rechtsstellung der Meistersöhne in der Sozialversicherung, in: Festgabe für Walter Rohrbeck, Berlin 1955, S. 13-36. - 67. Wünsche zur Reform der Sozialversicherung, in: Fürsorge und Sozialreform, Köln-Berlin 1956, S. 275-288. - 68. Sozialversicherung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1956, S. 4960-4969. - 69. Versicherungspflicht und Versicherungsfreiheit bei Mitarbeit von Familienangehörigen, Der Betriebsberater 1956, S. 929-931. - 70. Zum verfassungsrechtlichen Begriff der Sozialversicherung, in: Festgabe für Hans Muthesius, Köln-Berlin-München-Bonn 1960, S. 47-55. -71. Zur Bindung der Versicherungsträger an fehlerhafte Verwaltungsakte, in: Festgabe für Erich Roehrbein, Karlsruhe 1962, S. 17-35. - 72. Möglichkeiten einer Harmonisierung der Leistungen der Alten-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Rentenversicherung, Bericht zu Thema 3 der Europäischen Konferenz über die soziale Sicherheit in Brüssel am 10. -15. 12. 1962, 29 S. - 73. Zur Reform der sozialversicherungsrechtlichen Stellung der nicht berufstätigen Frau (Hausfrau), Soz Fortschritt 1969, S. 241-246 und 272-276. - 74. Landwirtschaftliches Sozialrecht im Gesamtrahmen des allgemeinen Sozialversicherungsrechts, in: Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft, Kassel 1970, S. 7-40. - 75. Auswirkungen der Reform des Ehescheidungsrechts auf das Sozialversicherungsrecht, SGb 1970, S 321 bis 328. - 76. Sozialversicherungsrecht, in Fischer-Lexikon "Recht", Frankfurt 1971, S. 176 bis 181. - 77. Versicherungsprinzip, sozialer Ausgleich sowie wirtschafts- und sozialpolitische Zielsetzungen im neueren Sozialversicherungsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Die Versicherungsrundschau 1973, S. 347-369.

Krankenversicherung

78. Die Krankenversicherung der Arbeitslosen, ZRR 1936, S. 101–108. – 79. Ersatzkassen und Arbeitslosenversicherung, ErsK 1936, S. 313–318 und S. 340–344. – 80. Fortzahlung der Beiträge nach § 397 RVO und Streit über Beitragserstattung, DOK 1938, S. 557–565. – 81. Die Krankenversicherung der Arbeitslosen, DOK 1939, S. 137–142. – 82. Verzicht auf Fortzahlung von Beiträgen nach § 397 Abs. 4 RVO, DOK 1939, S. 437–441. – 83. Rückforderung zu Unrecht gewährter Versicherungsleistungen, DOK 1939, S. 669–674. – 84. Die Leistungen der Krankenversicherung nach §§ 117 ff. AVAVG, ErsK 1939, S. 331–336. – 85. Die deutsche Krankenversicherung im Generalgouvernement, AN 1942, S. 499 bis 502.

86. Die Arbeit des Ausschusses zur Erörterung einiger grundsätzlicher Fragen einer Re-

form der sozialen Krankenversicherung, Soz Fortschritt 1953, S. 277-279. - 87. Die Widerspruchsentscheidung im Vorverfahren der Krankenversicherung, WzS 1954, S. 33-37. - 88. Der Bericht des Ausschusses zur Erörterung einiger grundsätzlicher Fragen der sozialen Krankenversicherung im Spiegel der Presse, Soz Fortschritt 1954, S. 89-91. -89. Gedanken zur Reform der Krankenversicherung, DOK 1955, S. 445-448. - 90. Zum Meistersohn-Urteil des Bundessozialgerichts, Die Krankenversicherung 1956, S. 247-252. — 91. Die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zur Krankenversicherung, BABI 1956, S. 738-744. - 92. Zur Rechtsstellung des Kassenarztes. Ein Beitrag zur Reform der sozialen Krankenversicherung, Soz Fortschritt 1958, S. 157-160. - 93. Zum Gutachten des Ausschusses für die Reform der ärztlichen Versorgung in der sozialen Krankenversicherung, Soz Fortschritt 1958, S. 261-264. - 94. Die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zum Kassenarztrecht, BABI 1958, S. 212-218. - 95. Die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zur Krankenversicherung, BABI. 1959, S. 469-476. - 96. Zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung, insbesondere der kassenärztlichen Versorgung, Soz Fortschritt 1959, S. 77-81. - 97. Soziale Krankenversicherung, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften Bd. 6, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 283-296. -98. Die Rechtsstellung des Kassenarztes in der Sicht des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 23, 3, 1960), DOK 1960, S. 217-224, - 99. Das Arztrecht im Gesetzentwurf zur Krankenversicherungsreform, Der Betriebs-Berater 1960, S. 181-184. - 100. Der Gesetzentwurf zur Krankenversicherungsreform, RdA 1960, S. 41-48. - 101. Die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zum Kassenarztrecht, BABI 1961, S. 305-312. - 102. Die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zur Krankenversicherung, BABI 1962, S. 369 bis 372, 401-407 (abgedruckt auch in: Zeitschrift für Sozialhilfe 1968, S. 129-135). - 103. Besprechung von: Walther Heyn, Die Rentnerkrankenversicherung, Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft 1963, S. 481-487. - 104. Die Rechtsstellung der Kassenärzte und der an der kassenärztlichen Versorgung beteiligten Ärzte nach der höchstrichterlichen Judikatur, in: Festgabe für Hans Göbbels, Karlsruhe 1964, S. 23-39 (abgedruckt auch in: DOK 1964, S. 533-542). - 105. Die Krankenversicherung der Rentner, Zeitschrift für Sozialhilfe 1967, S. 65-71. - 106. Die Krankenversicherung der Rentner -Reformvorschläge unter Berücksichtigung der Sozialenquête, Arbeit und Sozialpolitik 1967, S. 74-79. - 107. Krankheit und Arbeitsunfähigkeit nach der neueren Rechtsprechung des Bundessozialgerichts, Der Medizinische Sachverständige 1968, S. 110-115. -108. Die Abgrenzung des Mitgliederkreises der Ersatzkassen, ErsK 1971, S. 109-120, 165-172.

Unfallversicherung

109. Die Reichsunfallversicherung in den besetzten Gebieten, Die Berufsgenossenschaften 1943, S. 49–53. – 110. Die Unfallversicherung der Ostarbeiter, Die Berufsgenossenschaft 1943, S. 89–91.

Rentenversicherung

111. Die Nachentrichtung von Beiträgen zur Invalidenversicherung durch die Arbeitsämter, Deutsche Invaliden-Versicherung 1937, S. 154–157. – 112. Die Arbeitslosigkeit als Ersatzzeit in der Rentenversicherung, Deutsche Invaliden-Versicherung 1938, S. 125–128. 113. Die Wandlung der Begriffe Invalidität und Berufsunfähigkeit, RdA 1950, S. 290–293. – 114. Das Rentenmehrbetragsgesetz, RdA 1954, S. 455–457. – 115. Neue rechtliche Gestaltungen in den Rentenversicherungsgesetzen, SGb 1957, S. 65–69. – 116. Die "Witwenrente" der unschuldig geschiedenen Ehefrau, SGb 1957, S. 353–395. – 117. Zur Konstituierung des Sozialbeirats, SGb 1958, S. 141, 144, 145. – 118. Über bewegliche Sozialleistungen, insbesondere die gesetzliche Planung der Rentendynamik, in: Festschrift für Kurt Jantz, Stuttgart 1968, S. 71–91. – 119. Zur Alterssicherung der Selbständigen – Gefahren einer Rechtszersplitterung? Soz Fortschritt 1968, S. 11–13. – 120. Zur Rechtsstellung der nichtberufstätigen geschiedenen Frau (Hausfrau) in der gesetzlichen Rentenversicherung, in: Festgabe für Wilfried Schreiber, Berlin 1969, S. 287–299.

Knappschaftsrecht

121. Der Lauf der Anwartschaftsfristen in der Invalidenversicherung bei knappschaftlich Versicherten, ArbVers 1937, S. 92–95 und 277–278. – 122. Die Neuordnung der knappschaftlichen Versicherung durch das Gesetz über den Ausbau der Rentenversicherung vom 21. 11. 1937, Monatsblatt für Arbeiter- und Angestelltenversicherung 1938, S. 110–115 und 150–167.

Arbeitslosenversicherung, Arbeitsförderung

123. Zur Aufrechterhaltung von Anwartschaften während der Arbeitslosigkeit, Alhi 1934. S. 124-126. - 124. Der Begriff der Arbeitslosigkeit, Alhi 1934, S. 168-172. - 125. Verjährungsfristen in der Arbeitslosenversicherung, Alhi 1934, S. 262-264. - 126. Die Versicherungsfreiheit im Gartenbau nach § 70 AVAVG, ArbVers 1935, S. 545-548. - 127. Die Versicherungsfreiheit der Beschäftigten in der Landwirtschaft nach § 70 AVAVG, ZRR 1935, S. 368-373. - 128. Die neue Rechtsprechung des Spruchsenats zu § 70 AVAVG, Alhi 1935, S. 402-403. - 129. Neue Berechnung der Anwartschaftszeiten, Alhi 1935, S. 433-434. - 130. Grenzen des Erstattungsanspruchs der Fürsorgeträger, Alhi 1936, S. 209-211. - 131. Zur Neuregelung der Kurzarbeiterfürsorge, DJZ 1936, Sp. 1275-1279. - 132. Vom Recht der Kurzarbeiterunterstützung, ArbVers 1936, S. 289-292, 305-307. -133. Die Krankenkassen als Einzugsstellen der Arbeitslosenversicherung, ZRR 1936, S. 389-394, 417-421. - 134. Die Versicherungsfreiheit der Lehrlinge in der Arbeitslosenversicherung, ErsK 1937, S. 271-278. - 135. Von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung, Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe 1937, S. 98-99. - 136. Die Stellung des Unternehmers im Streit über die Versicherungspflicht, Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe 1937, S. 141-142. - 137. Die Wirkung von Ausschluß- und Verjährungsfristen bei Unterbrechung des Unterstützungsbezuges, Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe 1937, S. 221 bis 222. - 138. Die Versicherungspflicht und Versicherungsfreiheit der Angestellten in der Arbeitslosenversicherung, ErsK 1937, S. 389-392 und 422-427. - 139. Die Bestimmung der Lohnklasse nach § 105 AVAVG, Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe 1937, S. 373-379. - 140. Die Neuordnung in der Arbeitslosenversicherung, DOK 1938, S. 281 bis 284 und 320-331. - 141. Krankenkassen und Beitragsstreitverfahren der Arbeitslosenversicherung, DOK 1938, S. 725-728 und 757-760. - 142. Die Beiträge zum Reichsstock für Arbeitseinsatz, DOK 1939, S. 829-834. - 143. Die unterstützende Arbeitslosenhilfe einschließlich der Beiträge zum Reichsstock für Arbeitseinsatz und die Krankenversicherung der Arbeitslosen. Systematische Darstellung, Berlin 1939, 279 S. (nicht veröffentlichtes, gedrucktes Manuskript). - 144. Rangordnung zwischen den Ansprüchen auf Arbeitslosenunterstützung und anderen Ansprüchen und die sich daraus ergebenden Ersatzansprüche, ArbVers 1940, S. 94-99. - 145. Sozialversicherung der deutschen Staatsangehörigen im Generalgouvernement, DOK 1940, S. 293-299. - 146. Die Reichsversicherung in Luxemburg, im Elsass und in Lothringen, ArbVers 1941, S. 161-167. -147. Die deutsche Krankenversicherung in den besetzten Gebieten, AN 1941, S. 47-52. 148. Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften Bd. 1, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 312-321.

Sozialgerichtsbarkeit

149. Die Sozialgerichtsbarkeit. Allgemeines über Verfassung der Gerichte und Verfahren, insbesondere über Klagearten, RdA 1953, S. 456–461. – 150. 80 Jahre Sozialrechtspflege – 10 Jahre Sozialgerichtsbarkeit, Deutsches Verwaltungsblatt 1964, S. 1–7. – 151. 10 Jahre Sozialgerichtsgesetz, SGb 1964, S. 1–5.

Internationales Sozialversicherungsrecht

152. Der deutsch-italienische Vertrag über Sozialversicherung DOK 1940, S. 414–422. – 153. Vorläufige Regelung von Beziehungen zwischen der deutschen und niederländischen Rentenversicherung, AN 1941, S. 171–174. – 154. Die deutsch-rumänische Vereinbarung über Sozialversicherung, zugleich ein Beitrag zur neueren Entwicklung der zwischenstaatlichen Sozialversicherung, DOK 1942, S. 78–83. – 155. Ergänzung und Änderung des deutsch-italienischen Vertrages über Sozialversicherung, DOK 1942, S. 222–227. – 156.

Die deutsch-französische Vereinbarung über Sozialversicherung, AN 1942, S. 216–222. – 157. Die deutsch-dänischen Vereinbarungen über die Sozialversicherung, AN 1943, S. 496 bis 502. – 158. Die neuere Entwicklung der zwischenstaatlichen Sozialversicherung, Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft 1943, S. 58–65.

159. Überstaatliche Aufgaben und Gestaltungen der Sozialversicherung, Soziale Welt 1951, S. 362-376.

Sonstiges

- 160. Vereinheitlichung der Gerichte? Rückblick auf den 42. Deutschen Juristentag, SGb 1957, S. 289-291.
- 161. Bericht über die Brüsseler Konferenz über soziale Sicherheit, RdA 1963, S. 52-54.
- 162. Hans Achinger, 70 Jahre alt, Soz Fortschritt 1969, S. 238-239.